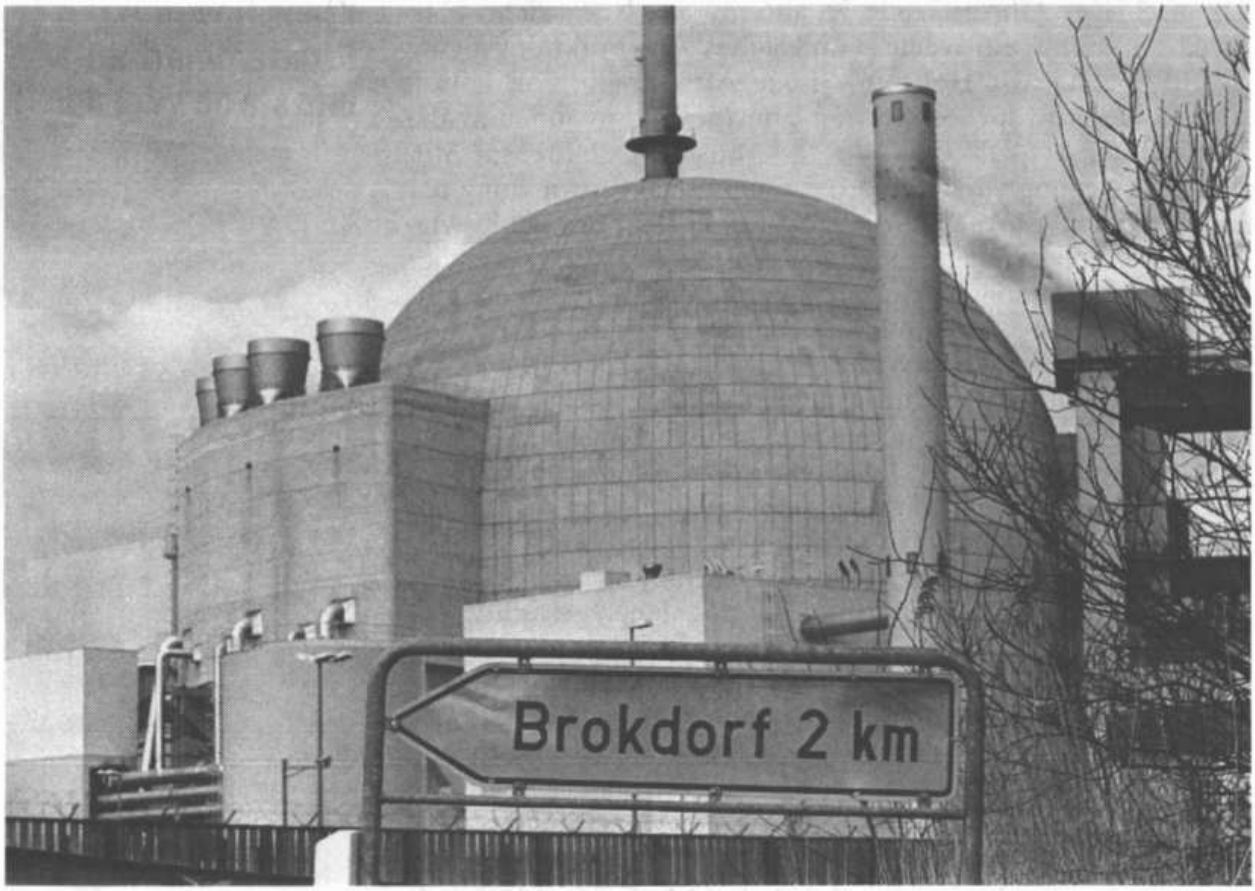
Die sechziger Jahre: Große Koalition, gesellschaftliche Umbruchstimmung, ein Wechsel im Landes- und Fraktionsvorsitz der SPD Schleswig-Holstein – neue Attraktivität von Politik und Politikern. Jochen Steffen zog die Diskussion und die Diskutanten an sich, band die theoretische Debatte der Studentenbewegung ein in die programmatische Entwicklung der Landespartei. Und setzte dies fort mit und für den schleswig-holsteinischen Landesverband in der Bundespartei. Das ist der zeitliche und personelle Ausgangspunkt, den es zu fixieren gilt, will man die Rolle der Landes-SPD in der Programmdiskussion der Partei würdigen. Doch auch losgelöst von zeitlichen Zufälligkeiten und der Motivationskraft von Persönlichkeiten entwickelte sich eine konsequente Kontinuität: Programmdiskussion als innerparteiliche Produktivkraft. Kennzeichen: Wiederbelebung der auch marxistischen Analysefähigkeit der Godesberger Volkspartei, Ausrichtung auf eine klare Orientierung an den Grundwerten der Arbeiterbewegung, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Entwicklung gesamtgesellschaftlicher, langfristiger Perspektiven, um den alltäglichen Kampf um die „kleinen" Reformschritte nicht zum Selbstzweck staatlichen Machterhalts degenerieren zu lassen.

In der Grundsatzdiskussion der Bundes-SPD hat Jochen Steffen in der Grundwertekommission gestritten, gemeinsam mit Helmut Schmidt. Er hatte ihren Vorsitz inne und legte ihn nieder aus Protest. In der ökonomischen Diskussion ging es vor allem um Beiträge zum Orientierungsrahmen '85, jenem mittelfristigen Programm, das die Brücke zwischen Godesberg und der aktuellen Regierungspolitik sichernd schlagen sollte. Im Landesverband selbst wurde – noch weit vor der neuen Grundsatzdebatte der Bundespartei – der Versuch einer Standortbestimmung mit der Diskussion der „Politischen Leitsätze" unternommen. Hier hatte die Landes-SPD, im wesentlichen von Gerd Walter initiiert, sich die Aufgabe gestellt, die Fähigkeit zur gesellschaftspolitischen Reform unter den Bedingungen eines kaum mehr vorhandenen Wirtschaftswachstums und unter Berücksichtigung der ökologischen Folgen eines wachstumsfixierten ökonomischen Handelns neu zu bestimmen. Eine Diskussion vor ihrer Zeit, die die Partei nicht ergriff, die weitgehend ohne Einfluß auf die Bundespartei blieb, die heute allerdings wieder aufgegriffen werden kann – Anknüpfungspunkte.

Praktische wie programmatische Konsequenzen hatte allerdings die Debatte um die Nutzung der Atomenergie zur Energieerzeugung. Ihre langanhaltende Wirkung läßt sich aus verschiedenen Faktoren ableiten. Erstens hatte sie zur Konsequenz eine aktuelle Auseinandersetzung mit der Politik einer SPD-geführten Bundesregierung. Zweitens bündelte sie unterschiedliche innerparteiliche Interessengruppen: Kritiker des ungehemmten Wirtschaftswachstums wie diejenigen, die die Gefahren des Atomstaates mit ihren rechtsstaatlichen Überzeugungen abwehren wollten, prinzipielle Gegner der Atomspaltung wie diejenigen, die die Abhängigkeit von den großen Energiekonzernen und ihrer Kapitalkraft als Machtfaktor be-



Kernkraftwerk Brokdorf, 1985 (Foto: J. Hinrichsen)

kämpfen wollten. Es war dabei immer auch nicht nur eine theoretische Diskussion, sondern eine Programmdebatte, die konkret darauf reflektieren mußte, was hier in Schleswig-Holstein mit dem Bau von Kernkraftwerken geschah, die immer aufnehmen mußte, wie die Reaktion der betroffenen Bevölkerung, insbesondere in der Wilstermarsch um das Kernkraftwerk Brokdorf herum, war.

Ihren Ausgangspunkt hatte die Programmdebatte um die Nutzung der Atomenergie durch die Initiative der Jungsozialisten. Im Sommer des Jahres 1975 gab der Landesvorstand der Jungsozialisten auf Initiative von Hilmar Zschach einen Informationsdienst heraus, der eine programmatische Überschrift hatte: *„Stoppt das Bonner Atomprogramm – gebt uns eine Denkpause."* Mit diesem Informationsdienst wurde der Versuch unternommen, quasi populärwissenschaftlich für einen breiteren Kreis von Interessierten in der Partei auf die Gefahren der Atomenergie hinzuweisen. Und weil diese Gefahren zumindest von einem Teil der Wissenschaft eindeutig bewertet wurden, wurde daraus eine programmatische Forderung abgeleitet: die Denkpause, das Moratorium. Um diese Diskussion in Gang zu setzen, wurde vorsichtig formuliert:

„Die Antragsteller meinen nicht, daß Kernenergie grundsätzlich abzulehnen ist, vielmehr gehen sie davon aus, daß in einer befristeten Unterbrechung die schwerwiegenden Bedenken untersucht werden müssen, daß aber bei forciertem Weiterbau eine eventuelle Abkehr von der Kernenergie immer schwieriger wird."

So die Begründung des Antrages. Dessen Konsequenzen, dessen Forderungen waren weitergehend, dies wohl auch im Bewußtsein der Antragsteller:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, für einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren

- *den Betrieb aller Kernreaktoren zu unterbrechen,*
- *den Bau aller geplanten beziehungsweise im Bau befindlichen Kernreaktoren zu stoppen,*
- *den Außenhandel mit Kernreaktoren einzustellen."*

So der Initiativantrag der Jungsozialisten für den SPD-Landesparteitag in Bad Oldesloe 1975. Aus dem Landesvorstand der Partei kamen Einwände, Einwände des Inhalts, daß derart weitgehende Forderungen einer ausführlichen Diskussion bedürfen, nicht als Initiativantrag auf einem Parteitag zur Abstimmung gestellt werden könnten. Konsequenz: Eine Fachkonferenz sollte sich des Themas annehmen. Dies war das Ergebnis der ersten programmatischen Auseinandersetzung der SPD Schleswig-Holstein auf einem Parteitag mit dem Pro und Kontra der Nutzung der Atomenergie. Die Fachkonferenz fand Ende April 1976 in Kiel statt. Sie war von einer Arbeitsgruppe vorbereitet worden, deren Aufgabenstellung ihr Leiter Ernst-Wilhelm Stojan umschrieb:

„In dem umfassenden Gebiet Kernenergie mit ihren wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen, politischen und Umweltaspekten soll beim Abwägen des Pro und Kontra keiner Frage ausgewichen werden."

Die Tendenz der Diskussion, der programmatischen Entwicklung wird durch eine nahezu einstimmig gebilligte Beschlußvorlage deutlich, die dem Landesvorstand zum weiteren Verfahren überwiesen wurde:

„Beim Bau, bei der Planung und bei der Genehmigung von kerntechnischen Anlagen ist daran festzuhalten, daß der Schutz der Bevölkerung vor möglichen Schädigungen absolute Priorität bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie hat."

Eine neue Dynamik wurde in die Diskussion hineingetragen durch den Baubeginn des Reaktors in Brokdorf. Das Kieler Sozialministerium erteilte trotz zahlreicher Einwendungen unter strengster Geheimhaltung am Nachmittag des 25. Oktobers 1976 die erste Teilerrichtungsgenehmigung und ordnete den Sofortvollzug an. Dies führte Gegner der Kernenergie zusammen mit denjenigen, die aus grundsätzlich-rechtsstaatlichen Erwägungen heraus es für völlig unangebracht hielten, derart weitreichende Entscheidungen wie dem Bau eines Reaktors mit dem Sofortvollzug und entsprechendem Polizeieinsatz zu verbinden. Dies radikalisierte die Diskussion. Der SPD-Landesvorstand – Landesvorsitzender war Günther Jansen – beschloß:

„Die Diskussion im Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein und die Beratung der Fachkonferenz Kernenergie des Landesverbandes der SPD Schleswig-Holstein haben ergeben, daß die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie, der Bau und der Export von Kernkraftwerken insgesamt mehr ungeklärte Probleme und unübersehbare Risiken enthalten, als bisher der brei-

ten Öffentlichkeit bekannt geworden ist. ... Und darüber hinaus, daß der Bau aller geplanten Kernkraftwerke nicht in Angriff genommen wird, daß der Außenhandel mit Kernreaktoren eingestellt wird und die Fortführung der im Bau befindlichen Kraftwerke unterbrochen wird."

Eine Partei, die gerade eine Debatte begonnen hatte, die gerade den Versuch unternommen hatte, programmatisch eine Frage zu durchdringen, wurde konfrontiert mit einem Staat, der in einem, wie es hieß, berüchtigten Nacht- und Nebelvollzug eine menschheitsgefährdende Technologie durchsetzen wollte. Von nun an hatte die Debatte der SPD Schleswig-Holstein unter ihrem Landesvorsitzenden Günther Jansen um die Nutzung der Atomenergie eine neue Qualität. Günther Jansen verstärkte sein *„Plädoyer für eine Denkpause"*. Um Konflikte mit der Landtagsfraktion unter Klaus Matthiesen zu minimieren, wurde dabei immer wieder Wert darauf gelegt, die Diskussion als ergebnisoffen zu kennzeichnen. Dennoch verstärkte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck – und dies schließt die Öffentlichkeit der Bundespartei ein –, daß die SPD in Schleswig-Holstein zu einem prinzipiellen Gegner der Atomenergie geworden war. Und dies angesichts einer sozialliberalen Koalition in Bonn, die den Ausbau der Atomenergie zur Energieerzeugung konsequent fortsetzen wollte. Und noch eines war wichtig für den Fortgang der Diskussion. Die SPD Schleswig-Holstein, allen voran ihr Landesvorsitzender Günther Jansen, sprach nicht nur Demonstranten Mut zu, gegen die Atomkraft zu protestieren, sondern beteiligte sich selbst an den großen Demonstrationen gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf bis hin dazu, daß Günther Jansen als Demonstrant Opfer eines Tränengaseinsatzes wurde. Die Partei war nicht nur programmatisch sensibilisiert gewesen, sie wurde durch den Sofortvollzug in Brokdorf betroffen und im wahrsten Sinne des Wortes ihr Landesvorsitzender getroffen. Kritik an diesem energiepolitischen Kurs kam aus der SPD-Landtagsfraktion, speziell aus dem gewerkschaftlich orientierten Abgeordnetenbereich. Begründung: Die Forderung nach einem Baustopp sei illusionär, würde dem Wirtschaftswachstum schaden und damit Arbeitsplätze gefährden. Die Kritik wurde offen ausgetragen, wurde in der Sache hart argumentativ unterfüttert, scheute auch vor persönlichen Angriffen aller Beteiligten nicht zurück. Hier wurde die Programmdebatte in der aktuellen Konfliktsituation um das Atomkraftwerk Brokdorf zu einer Zerreißprobe für die SPD in Schleswig-Holstein. Es mag erstaunlich anmuten, aber es entspricht den Tatsachen: Auch durch diese Diskussion, durch die Ansätze von Fraktionierungen ist es nicht zu einer organisierten Flügelbildung innerhalb des Landesverbandes gekommen. Das Wechselspiel der Kräfte sorgte dabei dafür, daß die Diskussion nicht zum Stillstand kam. Sei es das Spannungsverhältnis Landesverband – Landtagsfraktion, sei es das Verhältnis Landespartei – Bundespartei, sei es das Verhältnis Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein zur Bundesregierung, sei es das Verhältnis SPD – Gewerkschaften, sei es das Verhältnis SPD – Bürgerinitiativen. Und immer stand

dabei mahnend in der Landschaft der Wilstermarsch der Bauzaun, stand der Baubeginn des dritten Reaktors in Schleswig-Holstein, des Atomkraftwerkes in Brokdorf. Dies führte immer wieder zu zusätzlichem Zorn, bestärkte Ohnmachtsgefühle. Die Diskussion ging weiter und der Bau auch. Einen neuen Schritt unternahmen die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten auf ihrem Tönninger Landesparteitag vom 17. bis 19. Juni 1977. Günther Jansen machte klar: Es ging nicht allein mehr um den Prozeß der Diskussion, um das Erörtern des Für und Wider, es ging um die Notwendigkeit, durch einen Baustopp überhaupt noch Optionen für eine andere als auf Atomkraft aufgebaute Energieversorgungsstruktur zu erreichen. Und der Donner des sich entladenden Gewitters über dem Parteitagssaal der Stadthalle von Tönning unterstrich Günther Jansens Argumentation. Der dann zur Abstimmung gestellte Antrag des Landesvorstandes, der eine breite Mehrheit auf dem Parteitag fand, zog einerseits eine Zwischenbilanz der bisherigen programmatischen Diskussion und entwickelte diese gleichzeitig fort. Es heißt dort:

„1. Zur Lage der Diskussion über die Energiepolitik. Der Beschluß des Landesvorstandes der schleswig-holsteinischen SPD, der sich für eine ergebnisoffene Diskussion über das Für und Wider der friedlichen Nutzung der Kernenergie ausgesprochen hatte, hat dazu beigetragen, eine grundlegende energiepolitische Debatte innerhalb der Partei auszulösen und damit auch die Debatte über unser aller Zukunft einzuleiten. Damit hat sich der Landesverband der SPD in Schleswig-Holstein den Fragen gestellt, die schon frühzeitig von Bürgerinitiativen aufgeworfen worden sind. Wir befinden uns jetzt weltweit an einem Entwicklungspunkt, der die Menschheit zwingt, die natürlichen Grenzen und Möglichkeiten der Erde zu erkennen und einzuhalten und die verfügbaren Naturschätze und technischen Kräfte sparsamer zu verwalten und gerechter zu verteilen, als es in der Vergangenheit geschehen ist. Viele Probleme, die dabei gelöst werden müssen, wurden und werden durch ein wirtschaftliches Denken und Handeln erzeugt, das immer noch überwiegend die Problemlösungen in einer nur quantitativen Produktionsausweitung sucht und dabei die Interessen der kurzfristigen Kapitalverwertung in den Vordergrund rückt und oftmals nur egoistische Nationalinteressen verfolgt. Diese Interessen stehen aber oft im Gegensatz zu

- *gesamtgesellschaftlicher Vernunft (volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung),*
- *nationaler und internationaler Gerechtigkeit und Solidarität,*
- *den natürlichen und nicht beliebig vermehrbaren Lebensgrundlagen der Menschen,*
- *humanen Arbeitsbedingungen,*
- *den Grundsätzen der Lebensqualität,*
- *den Grundwerten der Demokratie und Selbstbestimmung,*
- *den Interessen zukünftiger Generationen.*

Mit diesen Problemen muß sich die SPD besonders in der energiepolitischen Diskussion auseinandersetzen. Deswegen fordert der Landesparteitag eine unvoreingenommene und er-

gebnisoffene Diskussion über die Chancen und Risiken der friedlichen Nutzung von Kernenergie und unterstützt die politische Forderung nach einem Baustopp. Das bedeutet

- *für alle Kernenergieprojekte bis auf weiteres einen Genehmigungs-, Bau- und Inbetriebnahmestopp anzuordnen; eine Energiepolitik die der Möglichkeit Rechnung trägt, ohne die friedliche Nutzung der Kernenergie auskommen zu können;*
- *ein geschlossenes Konzept aller Entsorgungs-, Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsmaßnahmen unter Offenlegung aller Risiken (politisch, ökonomisch, technisch) vorzulegen. Eine baubegleitende Entwicklung ist nicht zulässig;*
- *den Genehmigungsstopp im Rahmen der internationalen Verantwortung bis auf weiteres auch für den Export von kerntechnischen Anlagen auszudehnen.*

Der SPD-Landesverband unterstützt und befürwortet diesen Baustopp mit dem Ziel, einen grundlegenden Umdenkungsprozeß in der Energieversorgung einzuleiten. Deswegen muß die Zeit des Baustopps aktiv für Maßnahmen genutzt werden, die

- *die Sicherheit für die Bevölkerung erhöhen und eine wirksamere Vorsorge gegen Schadensfolgen möglicher kerntechnischer Unfälle durchsetzen;*
- *mehr Vernunft im Umgang mit Energie fördern;*
- *eine bessere Nutzung der Primärenergie ermöglichen;*
- *die Entwicklung neuer Formen der Energieerzeugung, insbesondere die Nutzung der unerschöpflichen natürlichen Energiequellen verstärken;*
- *die Umweltbelastungen von Kraftwerken verringern;*
- *den Bürgerdialog über unsere Energieversorgung in Gang setzen helfen;*
- *eine kritische Überprüfung staatlicher Forschungs- und Entwicklungsprogramme für die sogenannten fortgeschrittenen Reaktorlinien in bezug auf ihre Verantwortbarkeit unter Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsaspekten ermöglichen;*
- *die Umorientierung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf nichtnukleare Energiesysteme und auf die Förderung praktischer Verwendungsintelligenz im Energieverbrauch bewirken;*
- *Haushaltsmittel bereitstellen für die Erforschung der biologischen Risiken der Kernspaltungstechnologie und die Verminderung der Umweltbelastung bei konventionellen Kraftwerken;*
- *verhindern, daß die beschäftigungspolitischen Konsequenzen aus den vorher genannten Maßnahmen einseitig auf dem Rükken der davon betroffenen und dafür nicht verantwortlichen Arbeitnehmer abgeladen werden;*
- *die Diskussion europäisieren.*

Erst der an diesen Zielen orientierte verstärkte Einsatz von Wissenschaft und Politik führt zu einer sinnvollen Nutzung der Zeit des Baustopps. Und erst greifbare Ergebnisse dieser Anstrengungen machen ein Ende der Denkpause, das heißt eine sinnvolle Entscheidung über Notwendigkeit und Ausmaß der friedlichen Nutzung der Kernenergie sowie des Exports der Kerntechnologie möglich."

Dieser Beschluß, der noch auf weiteren Seiten in konkreten Details ausgeführt wird, zeigt in seiner Einleitung die grundsatzprogrammatische Argumentationslinie in Verbindung mit der auf die Bundespartei bezogenen taktischen Haltung der ergebnisoffenen Diskussion in Verbindung mit reformerischen energiepolitischen Ansätzen. Es gibt so etwas nicht. Trotzdem soll es hier zur Charakterisierung verwandt werden: Dies ist ein durchaus typischer Beschluß der SPD Schleswig-Holstein. Er verbindet die besten Traditionen der programmatischen Diskussion des Landesverbandes. Radikaldemokratisch ökonomisch-analytische, die Grenzen des Wachstums beachtende ethisch fundierte Positionen. Mit dieser Position ging die SPD Schleswig-Holstein auf den Bundesparteitag in Hamburg, der im Herbst des Jahres 1977 vom 15. – 19. November stattfand. Der große Kompromiß zwischen Atomkraftkritikern und den in der Regierungsverantwortung die Atomkraft Einsetzenden sollte versucht werden. Erhard Eppler blieb es vorbehalten, Kompromißlinien auszugeben:

„Laßt uns versuchen, so viele wie möglich auf eine gemeinsame Energiepolitik einzubinden, einschließlich der Bundesregierung und des Bundeskanzlers. Liebe Genossinnen und Genossen, was hätte es denn geholfen, wenn wir jetzt für den ursprünglichen Leitantrag gekämpft und dafür sogar noch eine Mehrheit bekommen hätten und der Bundeskanzler dann nach seiner Überzeugung hätte sagen müssen, daran kann ich mich nicht halten. Das hätte für die Energiepolitik überhaupt nichts gebracht und für die Partei und die Regierung eine Belastungsprobe allerersten Ranges heraufbeschworen."

Für die schleswig-holsteinische Delegation argumentierte Reinhard Ueberhorst, späterer Vorsitzender der Enquête-Kommission:

„Da können wir nur wählen zwischen einer positiven Aussage, einer Stillegungsaussage oder einer dritten Aussage, für uns der Weg der mittleren Vernunft, indem wir sagen, wir machen eine Ausbaupause und führen eine Grundsatzdiskussion, wir lassen uns Zeit, diese Frage ohne Hektik und Sachzwänge zu entscheiden. Einen vierten Weg gibt es nicht."

In ihrer Frage nach der öffentlichen Grundsatzdiskussion wiesen die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten auch auf das schwedische Vorbild der Volksdiskussion hin. Gleichzeitig stellten sie zunehmend in den Vordergrund die ungelöste Entsorgungsfrage. Gerd Walter und Günther Jansen schalteten sich in die Diskussion ein, nachdem klar geworden war, daß der schleswig-holsteinische Antrag in seiner Gesamtheit keine Chance darauf hatte, Beratungsgrundlage zu werden, und versuchten, verschiedene Abänderungsanträge durchzusetzen. Der schleswig-holsteinische Antrag auf ein Moratorium wurde von einer übergroßen Mehrheit des Parteitages abgelehnt. Zum Schluß, in der letzten Abstimmung, fand der von Erhard Eppler formulierte „Kompromißantrag" eine Mehrheit von über 80 Prozent der Stimmen. Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein stimmte geschlossen gegen diesen Antrag. Dennoch sahen die Schleswig-Holsteiner es als Erfolg an, daß

auch im wesentlichen durch ihre Vorstöße das Thema Energiepolitik einen entscheidenden Stellenwert auf diesem Bundesparteitag hatte. Und man hatte sich in der Diskussion nicht auseinanderpflücken lassen. Die sechzehn schleswig-holsteinischen Delegierten, das Parteivorstandsmitglied Klaus Matthiesen, sie stimmten gemeinsam in den entscheidenden Abstimmungen. Einig war man sich ohnehin in der Programmdiskussion, taktische Wortklauberei zu vermeiden. In der Ablehnung derartiger innerparteilicher Spiegelgefechte waren sich die Schleswig-Holsteiner auf Bundesparteitagen immer einig. Dies führte, was den Stil der Diskussion angeht, zu einer Solidarisierung und damit auch zu einer inhaltlichen und nicht nur formalen Solidarisierung in der Programmdiskussion. Ein Schnitt von außen in die Diskussion wurde gemacht durch die Landtagswahl 1979. Erklärtes Ziel der SPD war es, gemeinsam mit der FDP, unter Klaus Matthiesen die neue Regierung zu stellen. Wir wissen, dieses Ziel wurde so knapp verfehlt, wie in all den Jahren vorher nicht. Und das Thema Brokdorf spielte eine entscheidende Rolle in der Wahlauseinandersetzung; denn Brokdorf war noch eine Wiese, eine Baustelle, es konnte noch gestoppt werden. Und: Der Unfall in Harrisburg am Three-Miles-Island-Reaktor vom 28. März 1979 machte auf dramatische Weise der Öffentlichkeit die Gefährlichkeit der Nutzung der Atomenergie deutlich. Aber auch die Grünen traten an, erstmals bei einer Landtagswahl, gewannen nur 2,4 Prozent der Stimmen – Stimmen, die der SPD fehlten, um das eine zusätzliche Mandat zu erringen, das den Regierungswechsel möglich gemacht hätte. So dramatisch dieses Ergebnis war, so niederschmetternd die knappe Niederlage von vielen empfunden wurde, es bestärkte doch den konsequenten programmatischen Weg der SPD Schleswig-Holstein in Sachen Atomenergie, es bestärkte auch die Tendenz all derjenigen, die diese Programmdiskussion auch als überlebensnotwendig für die Gesamtpartei begriffen, wenn es darum ging, die Wählerinnen und Wähler, die Aktiven aus Bürgerinitiativen wieder an die SPD zu binden, die zu den Grünen aus Resignation gegangen waren. Sie bestärkte die SPD Schleswig-Holstein darin, keine machttaktischen, koalitionstaktischen politischen Arrangements mit den Grünen vorzunehmen. So entwickelte die Programmdiskussion eine Schleswig-Holstein-spezifische politische Dialektik. Klarer wurde nach dem Landtagswahlkampf 1979 auch das Programmziel des Ausstiegs. Gab es bislang noch Streit und Kontroverse in der schleswig-holsteinischen SPD über das Offenhalten und die mögliche weitere Nutzung der Atomenergie, verlagerte sich dieser Streit, diese Kontroverse jetzt auf die Frage, wie dieser Ausstieg machbar gemacht werden konnte. Günther Jansen trieb die Zuspitzung voran. Sie kulminierte auf dem Burger Landesparteitag, auf dem Jansen sich in heftiger Kontroverse zu Klaus Matthiesen mit seiner Position durchsetzen konnte. Dies war die Position des Entweder-Oder. Dies war eine Haltung, die umschrieben werden kann damit, daß entweder sich jetzt diejenigen durchsetzen, die den weiteren Ausbau der Kernenergie befürworten, oder

diejenigen, die eine neue Energiepolitik voranbringen wollen. Für den strittigen Bereich der im Bau befindlichen Atomkraftwerke formulierte der Landesparteitag:

„Im Bau befindliche Kernkraftwerke können keine Betriebsgenehmigung erhalten, solange die beschriebenen Risiken der Betriebssicherheit nicht ausgeschlossen werden können und eine sichere und praktikable Entsorgung nicht realisiert ist."

Damit war auch klargestellt, daß sich die SPD in Schleswig-Holstein auch immer daran würde messen lassen müssen, wie sie ihre programmatische, ihre grundsätzliche Auffassung zur Nutzung der Atomenergie in landespolitische Verantwortung umsetzen würde. So konsequent diese Haltung der Landespartei vorangebracht wurde, so konsequent wurde sie in der Bundespartei abgelehnt, auf dem Berliner Parteitag 1979 allerdings mit zunehmender Zustimmung im Vergleich zum Hamburger Bundesparteitag. Die Landtagsfraktion schaltete sich offensiver in die Diskussion ein, indem sie die Vorlage eines Energiesicherungsgesetzes für den Landtag in Schleswig-Holstein entwickelte. Und immer noch schwelte der Konflikt um das Atomkraftwerk Brokdorf. Die Landesregierung unter Stoltenberg forcierte den Bau. Sie erhielt die Unterstützung nicht nur des Bundeswirtschaftsministers Lambsdorff, sondern der gesamten Bundesregierung. Dies veranlaßte schließlich Klaus Matthiesen, von seiner Funktion als Spitzenkandidat zurückzutreten. Gerd Walter schrieb in der Mitgliederzeitung WIR:

„Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung stützt einen konservativen Regierungschef zu Lasten der Wahlchancen der eigenen Genossen in der Opposition . . . Die Programmtreue und die unbequem sture Beharrlichkeit unserer Landespartei geht also in eine harte Belastungsprobe . . . Aber: Ein Umfallen in Sachen Brokdorf kommt nicht in Frage . . . Das klingt widersprüchlich und ist doch wahr: Energiepolitischer Schwenk der Bundesregierung kann unsere Wahlaussichten beeinträchtigen, wenn wir diesen Schwenk aber mitmachen, wären sie vollends dahin."

Nur konsequent ist es daher, daß die Landespartei ihre energiepolitische Programmatik konsequent weiterentwickelte. Nächste Station: der Landesparteitag in Harrislee. Beschluß zur Energiepolitik:

„Die schleswig-holsteinische SPD fordert den Verzicht auf die Atomtechnologie. Diese Forderung ist auf Bundesebene nur langfristig durchzusetzen. Der folgende Antrag an den Bundesparteitag soll deshalb den Bau weiterer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik verhindern und damit den schrittweisen Ausstieg aus der Atomtechnologie ermöglichen. Für Schleswig-Holstein hat die SPD in regionaler Eigenverantwortlichkeit beschlossen, kein neues Atomkraftwerk zu bauen (Brokdorf). Wenn die SPD Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein übernimmt, wird sie den Baustopp oder die Abschaltung von Brokdorf betreiben. Für den Betrieb von Krümmel und Brunsbüttel gelten die beschlossenen Sicherheits- und Entsorgungskriterien. Dies gilt unverändert fort."

Und weiter heißt es in diesem Antrag nach dezidierten Aus-

sagen zu einer alternativen Energiepolitik für Schleswig-Holstein unter dem Stichwort *„energiepolitische Standortbestimmung"*:

„Die nicht vorhergesehene Wende des Energieverbrauchs, das heißt die ohne staatliche Eingriffe erzielten Energieeinsparungen, ist eine neue Chance für die SPD, die Option für die Kernenergie, wie sie auf dem Berliner Parteitag 1979 beschlossen wurde, aufzugeben. Der gesellschaftlich verantwortbare Kompromiß, entsprechend der Empfehlung der Enquête-Kommission Zukünftige Energiepolitik über die Nutzung von Kernenergie oder den Verzicht auf Kernenergie zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, zeigt dabei in die richtige Richtung. Die Wende in der Verbrauchsentwicklung von Energie, die konsequente Anwendung der von der Enquête-Kommission vorgeschlagenen Sparmaßnahmen machen daher jeden weiteren Bau von Kernkraftwerken überflüssig. Seit dem Berliner Parteitag ist die Unsicherheit über die Frage, wie Kernkraftwerke weiter entsorgt werden können, weiter gestiegen. Der Bau eines Zwischenlagers in Gorleben ist zur Zeit gerichtlich gestoppt. Die langfristige Kompaktlagerung von Brennstäben ist erstmals von einem Verwaltungsgericht nicht genehmigt worden. Es scheint zweifelhaft, ob die Verträge der deutschen Energieversorgungsunternehmen mit der COGEMA zur Entsorgung abgebrannter Brennelemente, so wie ursprünglich verabredet, aufrechterhalten werden können. Ob die Salzstöcke in Gorleben zur Endlagerung wirklich geeignet sind, ist nach den Probebohrungen ungewisser als vorher. Für die SPD stellen Kompakt- und Zwischenlager keinen hinreichenden Entsorgungsnachweis dar. Für den bisher angefallenen Atommüll ist deshalb nach geeigneten Methoden der Endlagerung weiter zu forschen. Dabei dürfen keine neuen Sachzwänge hinsichtlich des kommerziellen Einstiegs in die Wiederaufbereitungstechnologie erfolgen. Die im Atomgesetz festgelegten Bestimmungen für die Sicherheit beim Betrieb von Kernkraftwerken sowie deren Entsorgung dürfen nicht verändert werden. Solange kein Entsorgungskonzept in diesem Sinne realisiert ist, darf nicht durch neue Inbetriebnahme von Kernkraftwerken das Problem des Atommülls zusätzlich verschärft werden. Unberührt bleibt die gegebenenfalls von den zuständigen Landesregierungen zu treffende Entscheidung, für bereits im Bau befindliche Kernkraftwerke wegen entfallenden quantitativen Bedarfs und/oder Versorgung auf der Grundlage des geltenden Rechts einen Baustopp herbeizuführen."

Konsequente Fortsetzung der bisherigen Diskussion, neue Klarheit in der Position, neue Anläufe für die Entwicklung der Programmatik auch hinsichtlich des Landtagswahlprogramms. Und dies weiterhin eingebunden in die Versuche, mit den außerparlamentarischen Bewegungen, der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe insbesondere, in Kontakt zu bleiben mit den weiteren Versuchen für die Entwicklung der Programmatik stärkere Zustimmung in der Bundespartei zu erreichen. 1983 schaffte es Björn Engholm nicht, die Regierung Barschel abzulösen. Aber die SPD Schleswig-Holstein hatte es geschafft, die Kontroverse hinsichtlich der Aussagen im Landes-

Demonstration von Atomkraftgegnern 1985 vor dem Kernkraftwerk Brokdorf (Foto: J. Hinrichsen)

wahlprogramm zwischen Landesverband und Fraktion, zwischen Landesvorsitzendem und Fraktionsvorsitzendem oder Spitzenkandidaten abzubauen. In die Wahl 1983 ging die SPD Schleswig-Holstein mit einer geschlossenen, einmütigen Haltung ohne Spannungen zwischen Landesvorsitzendem und Ministerpräsidentenkandidaten. Der weiteren Präzisierung diente ein Sonderparteitag zur Energiepolitik, der am 8. Juni 1986 in Kiel stattfand. Dort wurde beschlossen:

„Die SPD will den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Eine Technik wie die Atomenergie, die niemals versagen darf und der gegenüber die Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen eines solchen Versagens von Menschen nicht beherrschbar sind, kann von niemandem verantwortet werden. Kein Land, keine Wissenschaft, kein politisches System kann garantieren, daß der Super-GAU nicht eintritt. Folgende Sofortmaßnahmen halten wir für unverzichtbar:

1. *Alle Atomkraftwerke werden kontinuierlich auf ihre Sicherheit überprüft. Atomkraftwerke, die nach dem Stand der Technik als Neuanlage keine Betriebsgenehmigung erhalten würden, werden abgeschaltet.*
2. *Der Schnelle Brüter geht nicht in Betrieb. Die Forschungsförderung auf diesem Gebiet nicht wird fortgesetzt.*
3. *Der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage wird nicht fortgesetzt. Statt dessen wird die direkte nationale Endlagerung weiterverfolgt.*
4. *Baustopp für in Bau befindliche Atomkraftwerke.*

5. *Neue Betriebsgenehmigungen werden nicht erteilt.*
6. *Es gibt keine neuen Baugenehmigungen für Atomkraftwerke.*
7. *Exporte von Atomreaktoren aus der Bundesrepublik werden verboten. Ein allgemeines Exportverbot von Atomreaktoren soll im Rahmen der EG durchgesetzt werden. Dies gilt auch für systemnotwendiges Zubehör für Atomreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen.*
8. *Der Transport von Atommüll über nationale Grenzen hinweg ist zu untersagen.*
9. *Wir fordern das Verbot des Imports von Atomstrom.*
10. *Es müssen sofort ökologisch verträgliche Energieversorgungskonzepte, die ohne Kernenergie, aber auch ohne zusätzlichen Ölimport und ohne Kohlekraftwerke mit ungenügender Abgasreinigungstechnik auskommen, auf Bundeswie auf Länderebene erarbeitet werden.*

Unsere zukunftsorientierte Energiepolitik steht auf vier Säulen: der dezentralen Energieversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung, dem Ausbau umweltfreundlicher Kohlekraftwerke, der verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen und dem Faktor Energieeinsparung."

Von der Denkpause zum Baustopp, von der Forderung auf den Verzicht der Nutzung der Atomenergie zum schnellstmöglichen Ausstieg. Eine eindeutige Positionsbestimmung weit vor der Vorbereitung sowohl programmatisch als auch organisatorisch der nächsten, in den Augen vieler Sozialdemokraten entscheidenden Landtagswahl. Diese Position war Grundlage auch für die weitere bundespolitische Strategie der schleswig-holsteinischen SPD. Der Antrag wurde zum Bundesparteitag eingebracht. Günther Jansen:

„Liebe Genossinnen und Genossen, wir Schleswig-Holsteiner gehörten auf früheren Parteitagen zu denen, die mit ihren Ausstiegsforderungen im Prinzip im Verhältnis 60 : 40 unterlegen sind. Aber eines stand für uns immer fest: Diese Partei hat sich über zehn Jahre die Energiediskussion nicht einfach gemacht und: In einer urdemokratischen Partei wie der SPD gelten Mehrheiten. Mehrheiten sind erforderlich, um Wege zu entwickeln. Unsere Vorstellungen, die jetzt weiterzuentwickeln sind, haben nicht nur die Zukunft zu formulieren, sondern wir müssen auch zurückdenken. Deshalb appelliere ich heute an diejenigen, die wir auf dem langen Weg unserer Energiedebatte verloren haben, irgendwohin oder in die Resignation. Ich sage zu denen, tragt nicht weiter zur unnötigen Zersplitterung bei, stärkt jetzt die SPD, denn nur dann wird es vielleicht die letzte Chance geben, den organisierten Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen. Wir brauchen dafür alle! Aber, liebe Genossinnen und Genossen, bei der Atomenergie geht es nicht nur um die technische und die finanzielle Machbarkeit. Es geht auch um moralische Kategorien. Eine Technik wie die Atomenergie, die niemals versagen darf und der gegenüber die Menschen niemals versagen dürfen, weil die Ergebnisse eines solchen Versagens von Menschen nicht beherrschbar sind, kann von niemandem verantwortet werden, auch nicht im Restrisiko. Deshalb muß die Umkehr jetzt stattfin-

den. Deshalb meine ich, daß eine Gesellschaft, die weit über 30 Milliarden DM staatlicher Mittel in den Ausbau der Atomkraft gesteckt hat, jetzt auch bereit sein muß, öffentliche Mittel einzusetzen, um einen falschen politischen Weg wieder rückgängig zu machen. Wer das nämlich nur über den Strompreis will, wird merken, daß dies eine Abschreckungsstrategie wird, die im Ergebnis Mehrheiten wieder gefährden kann. Deshalb ist der Staat gefordert, den Ausstieg mitzufinanzieren. Die Bayern brauchen diesen Beschluß, um die Glaubwürdigkeit für das Ende in Wakkersdorf zu belegen. Nordrhein-Westfalen braucht den Beschluß, um zu zeigen, daß die Nicht-Inbetriebnahme von Kalkar so gemeint ist, wie sie dort diskutiert wird. Und wir in Schleswig-Holstein brauchen diesen Beschluß, damit Brokdorf nicht mehr ans Netz geht in dieser energiepolitischen Entwicklung . . ."

Günther Jansen bekam für diese Rede Beifall. Diese Rede wurde gehalten auf dem Nürnberger Bundesparteitag 1986, der für viele, die an der Programmdiskussion interessiert waren, einen Durchbruch der Sozialdemokraten auf Bundesebene bedeutete. Der für viele, die als schleswig-holsteinische Delegierte sich jahrelang auf Bundesparteitagen im Abseits gefühlt hatten, ein neues Zeichen für die Zukunft setzte. Ein Parteitag, der in Sachen Energiepolitik aber auch nach dem Ereignis stattfand, das viele hatte neu nachdenken lassen. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Nürnberg war energiepolitisch, aber nicht nur energiepolitisch, ein Durchbruch für die Position der Schleswig-Holsteiner Sozialdemokraten auf Bundesebene. Im beschlossenen Leitantrag heißt es:

„Die Neuorientierung der Energiepolitik ohne Atomkraft ist eine historische Zäsur. Zum ersten Mal in der Geschichte stehen wir vor dem Problem, eine hochentwickelte Technologie wegen ihrer nicht zu beherrschenden Gefahren und Risiken in einem geordneten Rückgang aufzugeben. Auch nach jahrzehntelangem Betrieb von Atomkraftwerken ist es nicht gelungen, die räumlich und zeitlich unbegrenzten Gefahren und Risiken für Leben und Umwelt durch radioaktive Strahlenbelastung abzuschätzen und auszuschließen. Im Bewußtsein unserer Verantwortung auch für die kommenden Generationen hält der Parteitag es auf Dauer nicht für verantwortbar, die Menschen den atomaren Gefahren und Risiken, auch denen der zivilen Nutzung der Atomkraft auszusetzen. Dies gilt umso mehr, als es heute schon andere Energietechniken gibt, die langfristig ressourcenschonend und umweltverträglich eingesetzt werden können. Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten."

Der Nürnberger Parteitag war eine große programmatische und praktische Ermutigung für die SPD in Schleswig-Holstein. Sie formulierte in ihrem Landtagswahlprogramm, diskutiert und beschlossen am 4./5. April 1987 in Neumünster unter der

Überschrift *„Sichere Energie für Schleswig-Holstein ohne Atomkraft: Wir organisieren den Atomkraftausstieg:*

Eine Technik wie die Atomenergie, die niemals versagen darf und der gegenüber die Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen nicht beherrschbar sind, kann nicht verantwortet werden. Deshalb wollen wir entsprechend seit 1975 aufgestellten Forderungen den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie in spätestens zwei Wahlperioden vollzogen haben. Die entscheidende Weichenstellung für den Ausstieg muß auf Bundesebene erfolgen. Dort gilt es, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu ändern. Den äußerst engen landespolitischen Handlungsspielraum für den Ausstieg werden wir voll ausschöpfen. Gleichzeitig werden wir eine ökologisch verantwortbare und sozialverträgliche Energieversorgung in Schleswig-Holstein verwirklichen. Auch dabei setzen wir auf neue Technologien, die neue und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Bei atomrechtlichen Entscheidungen ist eine Landesregierung Genehmigungsbehörde im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung. Eine SPD-Landesregierung wird die Betriebsgenehmigungen für die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein widerrufen. Zur rechtlichen Absicherung dieser Entscheidung wird eine Landesregierung unverzüglich für alle Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein Sicherheitsüberprüfungen durch unabhängige Gutachtergremien in die Wege leiten. Diese werden strengste Maßstäbe auf der Grundlage des jeweils neuesten Standes von Wissenschaft und Technik anlegen. Es wird eine umfassende und wissenschaftlich abgesicherte Neubewertung der Gefahren vorgenommen, die von Atomanlagen ausgehen. Auf dieser Grundlage wird im Interesse von Mensch und Natur eine neue Sicherheitsphilosophie erarbeitet. Die vorhandenen Atomkraftwerke müssen für die Restbetriebszeit strengsten Sicherheitsanforderungen entsprechen. Die TÜV-Studie über die besonderen Risiken der Siedewasserreaktoren muß zum sofortigen Widerruf der Betriebsgenehmigung der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel führen. Der Ausstieg aus dem Atomkraftwerk Brokdorf muß über den oben beschriebenen Weg der Erarbeitung einer neuen Sicherheitsphilosophie erfolgen. Darüber hinaus sind alle rechtlichen Wege zum Ausstieg zu nutzen."

Mit dieser Haltung zog die SPD 1987 in die Landtagswahl. Sie erreichte die Mehrheit nicht. Es kam zum Patt im Landtag. Neuwahlen waren erforderlich, Neuwahlen, die am 8. Mai 1988 zum erdrutschartigen Wahlerfolg der SPD mit der Abgabe von 54,8 Prozent führten. Am 31. Mai 1988 wurde Björn Engholm im Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Sein Energieminister Günther Jansen – einer, der seit 1975 die Diskussion um den Ausstieg, die Diskussion für eine neue verträgliche Energieversorgung in aller Beharrlichkeit, in aller Dickschädeligkeit und Sturköpfigkeit, wie es sich für die schleswig-holsteinische SPD gehört, vorangebracht hat. Viele Bürgerinitiativen sehen mit hohen Erwartungen auf die Chancen, die eine Landesregierung hat, die Programmatik des Ausstiegs in die Tat umzusetzen. Eine Programmatik fand ihre praktische Bestätigung und harrt ihrer praktischen Umsetzung.